

kri[■]po.at



**VEREINIGUNG
KRIMINALDIENST
ÖSTERREICH**



BITCOIN

Was bringt die Zukunft?

Voraussagen sind schwierig, vor allem wenn sie die Zukunft betreffen. Diese satirische Feststellung findet ihre Steigerung wohl in dem Versuch, die Zukunft der Polizei vorherzusagen. Fragt man Kollegen, wie sie die Zukunft der Polizei in zehn bis 20 Jahren sehen, so hört man kaum Positives. „Wir werden alle nur mehr Cybercops sein“, meinen da noch die Optimisten. Die einheitlich gekleideten Kollegen denken, dass sie wie Turtles, schwer bewaffnet und gepanzert, ihren Dienst versehen werden; und die Pessimisten meinen überhaupt, dass die Polizei bald nur mehr der Watschenmann sein wird. Jeder kann seine Aggression verbal und physisch konsequenzenlos an Polizisten abreagieren. Nun, wahrscheinlich stimmt alles nicht. Die Polizei wird sich zwangsweise der gesellschaftlichen Entwicklung anschließen müssen, das musste sie immer.

Wovon wird aber unsere Zukunft beeinflusst? Sind es Politikerentscheidungen? Oder Umwelteinflüsse? Die moderne Zukunftsforschung bedient sich für Prognosen der Demoskopie, Trends und der Fortsetzung einer Handlungskette. Die meisten Zukunftsforscher gehen davon aus, dass vor allem Trends und Megatrends die Zukunft beeinflussen. Dazu noch eine Prise äußere Einflüsse wie Fortschreiten der Technik und Klimawandel – schon können wir aus Fakten die Zukunft wie aus einer Glaskugel ablesen. Ganz so leicht ist es nicht, aber versuchen wir es.

Mit welchen Megatrends müssen wir rechnen?

Zu nennen sind da vor allem Globalisierung und Entwicklung der Cyberwelt. Nicht zu vergessen, dass die Verstädterung der Welt fortschreitet, so werden ab 2050 etwa 75 Prozent der Bevölkerung in Ballungsräumen wohnen. Auch die Auflösung traditioneller Familienstrukturen wäre im Bereich der Trends anzusiedeln. Kein Trend, sondern eine Tatsache ist, dass wir alle älter werden. Typisches Beispiel für die Fortsetzung einer Ereigniskette ist die Migration in mitteleuropäische Länder.

Die Schlüsse aus diesen allgemeinen Deutungen werden dann je nach Geschmack und politischer Ausrichtung unterschiedlich ausfallen. Die Sicherheitsbehörden, so ist zu hoffen, werden ihre Planungen nach logischen Erwägungen ausführen und nicht einem gerade gängigen politischen Trend nachhecheln. Die Justizbehörden haben da schon reagiert. In Deutschland wurde bereits ein „Rentner-Knast“ eingerichtet, in Österreich in einem oberösterreichischen Gefängnis eine barrierefreie Abteilung für Häftlinge der Generation 60 plus geschaffen. Mit Zunahme von Senioren wächst auch der Anteil an geriatrischen Häftlingen.

Wie weit die Zukunftsplanungen im Innenministerium vorangetrieben wurden, ist nicht bekannt. Nachdenken sollte aber die gesamte Politik. Ethnische, kulturelle und religiöse Kriminalität zu bekämpfen, kann nicht alleinige Aufgabe der Polizei sein, sondern muss durch einen gesellschaftlichen Konsens und entsprechende Gesetze im Keim erstickt werden.

Wenn die Polizei einschreiten muss, dann hat die Gesellschaft eigentlich schon versagt.

Richard Benda,
Präsident



splitter

Nationale und Internationale Meldungen 5

vkö

Kooperation mit der Donau-Uni besiegelt 7
Rückblick auf die Vollversammlung 9

top thema

Bitcoin - Fluch oder Segen 11

reportage

Traumberuf Todesermittler 18
Auch Leichen-Erlässe sind nicht todsicher 21

bericht

Stiefkind Eigentums kriminalität 23
Vor der großen Drogenschwemme 25

kommentar

„Nafris“ - na und? 27

mix

VKÖ-Reise nach Braunschweig 29
Der (Alb)traum vom Kalifat 29

intern

VKÖ Broschüre gegen sexuellen Missbrauch 30
Kripo Campus 31
Aus dem VKÖ Archiv 31
Kinderrechtspreis 2016 31
Besuch aus Russland 31
Krampushock der Sektion Vorarlberg 31
VKÖ hilft 33
kripo.at Rätsel 33

innsbruck

Auch für das schon seit vielen Jahren zugesagte Tiroler Sicherheitszentrum gilt: Gut Ding braucht Weile. Lange hatten sich Stadt, Land, Bund/Polizei nicht auf einen Standort einigen können, nun ist fix: Das Zentrum entsteht in der Kaiserjägerstraße 8, es wird von der BIG-Tochter ARE ab 2018 gebaut, die Kosten werden mit rund 80 Millionen Euro veranschlagt. Der Einzug soll dann 2021 erfolgen.

Bild: ARE, Peter Mertz



wien

Roman Hahslinger, 47, ist (war) er der einzige „gelernte Kriminalbeamte des vorigen Jahrtausends“ (© Norbert Janitsch) der Wiener Polizei-Präsidentenstelle. Nun ist er in Väterkarenz und verstärkt das Kommunikationsteam der ÖBB. „Öffentlichkeitsarbeit ist meine Berufung und mir wurde die Möglichkeit gegeben, in einem der größten Unternehmen Österreichs neue Erfahrungen in diesem Bereich zu sammeln“, so Hahslinger zu kripo.at. Sein Schwerpunkt: Krisenkommunikation.



Bild: ÖBBphoto/Simonis

wien

Der eine galt als schrullig, kauzig und unendlich hilfsbereit, der andere war für seine Ironie und seinen trockenen Humor bekannt: Peter Seda, 66, und Fritz Zöllner, 72, waren Wiener (Straf-)Richter der „alten Schule“ – beide sind Anfang Jänner gestorben. Seda (Bild rechts), als nörgelnder U-Richter geradezu legendär, war zuletzt Staatsanwalt. Zöllner hat zahlreiche spektakuläre Mordprozesse geleitet; und mit „lebenslang“ beendet.

Bild: Parlament



chicago

Dramatische Trendwende in der drittgrößten Metropole der USA: Im vergangenen Jahr sind 762 Morde verübt worden (plus 60 Prozent). Damit sind in der Stadt mehr Menschen getötet worden als in New York und Los Angeles zusammen. Als Hauptgrund nannte Polizeichef Eddie Johnson Bandenschießereien (davon gab es 3550) und den Umstand, dass Gangmitglieder nicht hart genug bestraft würden. (Quelle: www.washingtonpost.com)



berlin

Ab 1985 schreckte Blech-Gendarm „Vinzenz“ 1000-fach an Österreichs Straßen aufgestellt, statt seiner weniger werdenden menschlichen Kollegen Raser ab. Ihm folgte 2006, quasi reformbedingt, „Sigi“ 2016 hat der Berliner Autoverleiher Maximilian Kraft die Idee weiterentwickelt: Er vermietet seine sonst als Filmrequisite genutzten 17 Polizeiautos um 29 € pro Tag an urlaubende Hausbesitzer, die Einbrecher abhalten wollen. (Quelle: www.bild.de)





Präsident Benda und Vizedekan DDR. Ratka präsentieren den Kooperationsvertrag

Kooperation mit der Donau-Uni besiegelt



Fortbildung ist eine der Säulen der Vereinigung Kriminaldienst Österreich (VKÖ). Die logische Konsequenz: Nach mehrjähriger guter Kooperation zwischen Donau-Uni Krems und VKÖ, die auf mündlichen Absprachen basierte, wurde sie mit einem „Memorandum of understanding“ dauerhaft und schriftlich besiegelt.

Sicherheitskonferenz, Sponsoring von polizeirelevanten Masterarbeiten, Kinderrechtspreis sind Themen, die gemeinsam angegangen wurden. Einige unserer Mitglieder haben auf der Donau-Uni den Master für „Security und Safety-Management“ oder „Kriminologie“ abgeschlossen. Im Zuge der feierlichen Unterzeichnung des Vertrages wurden bereits weitere Möglichkeiten der Zusammenarbeit angedacht und diskutiert. Vor allem, wenn ab Herbst 2017 bei der Donau-Uni (als einziger Universität in Österreich) ein eigener Kriminalistik-Lehrgang angeboten wird, eröffnen sich neue Chancen.

Zur Vertragsunterzeichnung am 24. November 2016 im Hotel Regina waren Vizedekan DDR. Thomas Ratka, die Departmentleiter Dr. Johannes Kerschbaumer und Dr. Walter Seeböck sowie Lehrgangsführerin Dr. Ingeborg Zeller aus Krems angereist. Seitens der VKÖ war der Vorstand fast vollständig vertreten. Weitere Gäste,

die die Kontakte zwischen den beiden Institutionen gefördert haben, und VKÖ-Mitglieder, die an der Donau-Uni studiert hatten, waren eingeladen worden.

Vizedekan DDR. Ratka strich in seiner Rede hervor, dass für die Donau-Uni lebenslanges Lernen im Fokus stehe, eine Gegebenheit, die auch für Kriminalbeamte eine Notwendigkeit sei. Tatsächlich entwickelt sich ja die Kriminalität im Bereich Technik und Organisation immer mehr, ein Phänomen, das im Polizeidienst berücksichtigt werden muss. Basiswissen alleine langt in der heutigen Zeit nur selten.

„Wenn wir den Kriminellen auf Augenhöhe begegnen wollen, dann müssen wir den Kriminalbeamten das entsprechende Werkzeug geben. Und Wissen ist das Werkzeug der Kriminalisten“, stellte VKÖ-Präsident Richard Benda in seiner Ansprache fest.

Wissenschaftlicher Beirat gegründet

Der Vorstand der VKÖ besteht ausschließlich aus Praktikern des Kriminaldienstes. Es erschien deshalb notwendig, ein Gremium zu schaffen, das im Bereich der Fortbildung, vor allem in der akademischen, das VKÖ-Leitungsgremium berät. Ein entsprechender Beschluss war bereits gefasst, also traf sich das neu geschaffene Gremium bei der Vertragsunterzeichnung mit der Donau-Uni. Ein Mitglied, Mag Andreas Wieselthaler, MA, Msc, ist sozusagen Bindeglied zur Donau-Uni, denn er hat dort seinen Master abgelegt. Weiters sind Dr. Johannes Kerschbaumer (für die Donau-Uni), Dr. Ernst Geiger (Bundeskriminalamt) und Richard Benda sowie Helmut Bärtl (VKÖ) vertreten.

In Zukunft wird die Auswahl von Masterarbeiten mit polizeirelevanten Inhalten, die von der VKÖ gesponsert werden, durch den wissenschaftlichen Beirat erfolgen. Das Gremium wird auch eingereichte Studien und Beiträge überprüfen, ob sie für eine Publikation geeignet sind.

Durch die Gründung des Wissenschaftlichen Beirates und der Kooperation mit der Donau-Uni hat die VKÖ ihre Qualifikation als Interessensvertretung des Kriminaldienstes neuerlich unter Beweis gestellt.

Geschenk an die Partner: Bücher über die Polizei- und VKÖ-Geschichte





Bestens gelaunt: Präsident Richard Benda und Kassier Helmut Bärthel

Rückblick auf die Vollversammlung

Am Anfang war – die Wein-Verkostung. Dann erst folgten die Worte. Soll heißen: VKÖ-Vollversammlung 2016. Präsident Richard Benda und sein Vize Helmut Kaiser fassten die Höhepunkte des abgelaufenen Jahres zusammen. Allen voran die Gründung der Sektion Vorarlberg, zugleich hauptverantwortlich für einen Mitgliederzuwachs von alleine schon 50 Kollegen, sowie die festgeschriebene Kooperation mit der Donau-Uni-Krems, Gründung des Wissenschaftlichen Beirates inklusive (Bericht auf Seite 7). Wie Kaiser sagte, herrscht auch in den Sektionen Hochbetrieb, was auch drei weiblichen Funktionären zu danken ist, übrigens ein Novum in der 97-jährigen VKÖ-Geschichte.

Apropos Sektionen: Der scheidende Landesvorsitzende des BdK-Bayern,

Hans Wengenmeir, schlug in seiner außertourlichen Wortmeldung vor, die VKÖ möge doch in Bayern eine Sektion errichten, Mitglieder gebe es ja schon. Als Gastgeschenk hatte er das Buch „Soko Asyl“ von Ulf Küch mitgebracht. Der Leiter der Kripo Braunschweig und der gleichnamigen Soko hat darin die Thematik rund um die Frage, wie kriminell Asylwerber wirklich sind, aufgearbeitet. Küch, selbst Gast der Veranstaltung, lud die VKÖ ein, seiner Stadt und Dienststelle im April einen Besuch abzustatten (siehe Seite 31).

Der vereinsrechtlich vorgeschriebene Part der Präsentation des Rechnungsberichts verlief weniger trocken denn unfreiwillig humoristisch: Schatzmeister Helmut Bärthel hatte sich zwar gründlich vorbereitet, doch der Computer spielte ihm bei der

Vorführung Streich um Streich. Was Bärthel launig zu überspielen wusste. Seinem auf Papier festgehaltenem Fazit („alles in Ordnung“) konnte Rechnungsprüfer Karl Ebenhofer nur zustimmen, der Vorstand galt somit als entlastet.

Anlässlich der Veranstaltung wurden drei verdiente VKÖ-Mitglieder (Norbert Janitsch, Herbert Raus und Franz Skant) zu Ehrenmitgliedern ernannt, Ehrenmitglied Kurt Kaiblinger wiederum erhielt eine Sonderauszeichnung. Und drei VKÖ-Urgesteine (Karl Denacher, Walter Rabl und Walter Weber) wurden mit der neu geschaffenen Ehrenplakette bedacht, haben sie (und 23 weitere Kollegen) der VKÖ doch bereits 60 Jahre und länger die Treue gehalten.

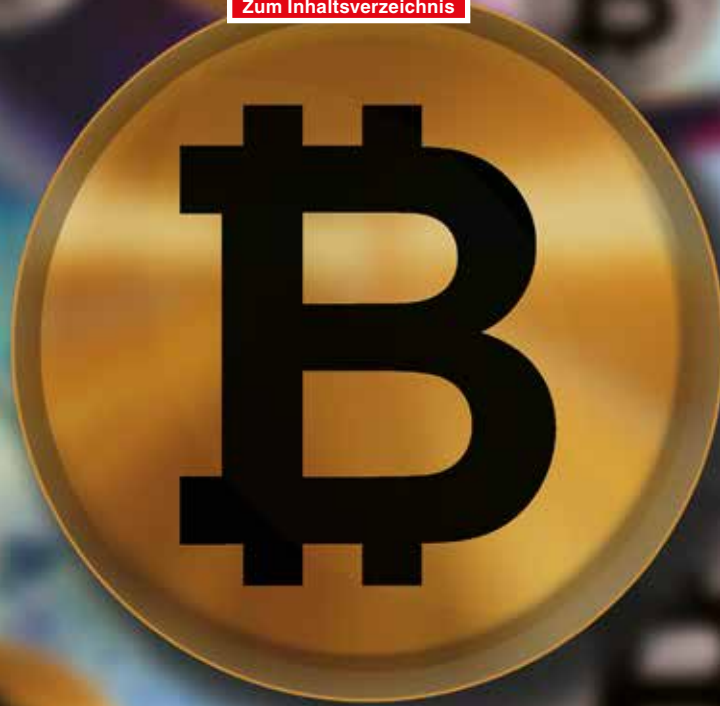


Bild: Christian Doneis

Bitcoin – Fluch oder Segen?

Schnell, diskret, kostengünstig, inflationsgeschützt und fälschungssicher – sind virtuelle Währungen die Zukunft unseres Finanzsystems? Oder eher prädestinierte Möglichkeiten zur Verschleierung von Finanztransaktionen aus Straftaten?

Rund 960.000 registrierte Profile, über eine Million Transaktionen innerhalb von zweieinhalb Jahren und ein geschätzter Umsatz von 9,5 Millionen Bitcoins, was zum damaligen Zeitpunkt etwa 1,2 Milliarden US-Dollar entsprach – all das gelang alleine der Drogenplattform Silk-Road, der 2013 vom FBI ein Ende gesetzt wurde. 13.000 Drogen wurden hier insgesamt angeboten – und 159 weitere „Service-Leistungen“, wie das Hacking von Facebook- oder Twitter-Accounts, bis zu 22 unterschiedliche Methoden für das Hacking von Bankomaten oder Kontaktlisten zu anderen „Servicestellen“ für Rechnungsfälschungen, Waffen, aber auch Auftragsmorden in mehreren Staaten. Die Betreiber kassierten 614.305 Bitcoins als Provisionen aus den Umsätzen auf Silk-Road. Das sind etwa 80 Millionen Dollar...

Unglaubliche Dimensionen an Finanztransaktionen, an denen im Grunde jeder von uns teilhaben kann – und das

ohne größeren Aufwand. Man braucht lediglich eine virtuelle Geldbörse (Wallet), die man mit einer entsprechenden Summe digitaler Münzen – etwa Bitcoins – per Kreditkarte oder Überweisung auflädt, schon kann der Einkaufsbummel in diversen Onlineshops und bei Portalen beginnen. „Man kann sich damit vegetarisches Katzenfutter, einen Englischunterricht via Skype, eine Rikschafahrt durch München, einige Gramm Kokain oder, wer genügend Bitcoins gesammelt hat, auch einen Flug ins All kaufen“, weiß Mag. Patrick Schreiner vom Bundeskriminalamt. „Kurzum, mit Bitcoins lassen sich mittlerweile Unmengen an Gütern und Dienstleistungen erstehen.“

230.000 Transaktionen pro Tag

Täglich wurden im Jahr 2016 durchschnittlich 230.000 Transaktionen weltweit durchgeführt (siehe Grafik Seite 15). „Wie viele davon auf Österreich entfallen und wie diese Verteilung bzw. das Nutzungsverhalten länderspezifisch aussieht, kann

ich so nicht beantworten“, sagt Schreiner. „Dazu müsste man die IP-Adressen hinter den jeweiligen Transaktionen kennen. Was man hingegen sagen kann ist, dass immer mehr Geschäfte und Dienstleister die Bezahlungsmöglichkeit Bitcoins akzeptieren.“ Offenbar besteht Nachfrage seitens der Bevölkerung. „Den Hauptbestandteil bilden sicherlich Unternehmen, die ihre Dienste und Güter online anbieten. So hat z.B. das MAK in Wien bereits ein Kunstwerk mit Bitcoins gekauft.“

Aber was verbirgt sich nun tatsächlich hinter digitalen Münzen? Was macht den Reiz aus? „Virtuelle Währung bzw. Kryptowährung kann als eine Art nicht reguliertes, digitales, werthaltiges Gut definiert werden, das im Normalfall vom Entwickler bereitgestellt wird und von den Mitgliedern einer speziellen virtuellen Gemeinschaft akzeptiert und verwendet wird“, erläutert Patrick Schreiner. „Es basiert nicht auf Gold, Silber oder konventionellen Währungen, sondern auf Mathematik. Menschen

rund um den Globus verwenden Algorithmen, die Kryptowährungen schaffen. Das wird ‚Mining‘ genannt. Gespeichert werden alle Transaktionen, die je innerhalb eines Kryptowährungssystems – etwa Bitcoin – getätigt werden, in einer dezentralen Datenstruktur, einer sogenannten Blockchain, und jeder kann jede Transaktion von seinem Rechner zuhause öffentlich einsehen.“

Die Idee dahinter

Doch wieso mit virtuellem Geld und nicht herkömmlich bezahlen? Idee hinter den Kryptowährungen ist es, eine Alternative zu herkömmlichem Geld zu schaffen. „Dabei gibt es keine oberste Kontrollinstanz wie eine Zentralbank, der es möglich ist, Geldpolitik zu betreiben und somit die Geldmenge zu regulieren bzw. zu überwachen“, erklärt Schreiner. „Dahinter steckt somit die Schaffung eines Zahlungsverkehrs, der unabhängig von Regierungen und Banken funktioniert. Methoden der Kryptografie, Verschlüsselungstechnik auf Basis mathematischer Funktionen, werden dazu genutzt, die meisten virtuellen Währungen künstlich knapp und damit wertvoll zu halten.“ Unter den insgesamt 639 existierenden Währungen weltweit nimmt das Bitcoin-System die Pionierstellung und gleichzeitig die bedeutendste Rolle ein. 2008 wurde es in einem unter dem Pseudonym Satoshi Nakamoto veröffentlichten White Paper beschrieben. Die Idee hinter Bitcoins ist, sie vor allem – aber nicht nur – bei Kauf und Verkauf im Internet einzusetzen. Die Vorteile liegen auf der Hand. Bitcoin ist

- weltweit zugänglich;
- innerhalb weniger Minuten überall und von jedem nutzbar;
- enorm schnelle Überweisungsgeschwindigkeit von Sekunden und Minuten;
- fälschungssicher;
- es werden weder persönliche noch sensible Daten übertragen;
- geringe Transaktionsgebühr;
- keine Kontoführungsgebühr;
- Überweisungen sind 24/7/365 möglich.



Bei Bitcoin-Bankomaten wird die eingezahlte Summe online gutgeschrieben

Außerdem ist das System inflationsgeschützt, da Bitcoins nicht beliebig vermehrt werden können wie z.B. Papiergeld, sondern auf eine maximale Anzahl von insgesamt 21 Millionen begrenzt sind. Das Bitcoin-Netzwerk ist vollkommen frei und unabhängig von Banken, Aufsichtsorganen oder staatlichen Regulierungsbehörden.

Anfällig für Straftaten?

Viele Vorteile also, die das System allerdings auch für strafrechtlich relevante Akti-

vitäten attraktiv machen. „Vorwiegend werden derartige Kryptowährungen dann im Dark-Net verwendet, allen voran für den Handel mit Suchtgiften, Waffen, Falschgeld, Kinderpornographie oder Geldwäsche“, sagt Schreiner. Man muss aber nicht unbedingt im Dark-Web surfen, um „gezwungenermaßen“ Berührungspunkte mit Bitcoins zu bekommen. Immer häufiger werden auch Schadprogramme wie Ransomware (-trojaner) verbreitet, die z.B. Teile der Festplatte verschlüsseln. „Damit sie für den rechtmäßigen Besitzer wieder zugänglich

So lassen sich Bitcoins erwerben

Grundvoraussetzung ist, dass man über eine Online-Wallet verfügt. Die lässt sich rasch via Internet eröffnen und ist vom Handling nahezu mit dem Online-Banking vergleichbar.

Bitcoins lassen sich bei einem der zahlreichen Online-Börsen im Internet erstellen, die auf den Handel mit Kryptowährungen spezialisiert sind. Dies ist dem klassischen Devisenhandel gleichzusetzen. Man hat aber auch die Möglichkeit, einen Bitcoin-Bon im Eintausch gegen klassische Währung in einer Verkaufsstelle (meist handelt es sich dabei um Trafiken) zu erstellen. Darauf befindet sich ein Code, der im Anschluss online auf einer Internetseite eingegeben wird, worauf die erstandenen Bitcoins dem Wallet gutgeschrieben werden. Momentan gibt es rund 3000 derartige Verkaufsstellen in Österreich. Eine weitere Möglichkeit ist die Nutzung eines Bitcoin-Bankomats. In Österreich gibt es derzeit sieben dieser ATMs. Dort zahlt man klassische Währung ein und erhält Bitcoins auf das Online-Wallet gutgeschrieben. Und auch einige Unternehmen bieten die Bezahlmethoden Sofortüberweisung, SEPA-Überweisung, EPS, SKRILL und andere an, um einen Umtausch von klassischer Währung in Bitcoins durchzuführen.

gemacht werden kann, fordern die Täter Lösegeld in Form von Bitcoins; warnt Schreiner. Im Gegenzug erhält das Opfer eine Software übermittelt, mit der sich der Computer wieder entschlüsseln lässt – oder auch nicht.

Bitcoins eignen sich dafür jedoch auch nur bedingt, da es sich bei einer Bitcoin-Adresse, mit der eine Transaktion getätigt wurde, vielmehr um ein Pseudonym als um ein Anonym handelt. Der Klurname hinter der Bitcoin-Adresse ist dabei zwar nicht ersichtlich, jedoch ist die Transaktion per se öffentlich in der Blockchain nachvollziehbar. Irgendwann wollen die Täter auch die inkriminierten Bitcoins bei den Wechselbörsen in eine reale und anerkannte Währung umtauschen, und dort gilt es anzusetzen.“ Erschwerend ist auch der Umstand, dass die Straftaten im Internet begangen werden und es sich so meist um länderübergreifende Ermittlungen handelt. „Fakt ist, dass die kriminelle Nutzung von Kryptowährungen eine enorme Herausforderung an die Ermittlungsbehörden darstellt. Umso wichtiger ist es, am Puls der Zeit zu bleiben, um den Tätern keinen zu großen Innovationsvorsprung zu überlassen.“

Der Gesetzgeber in Österreich wird nicht umhin kommen, den polizeilichen Ermittlungsbehörden eine Basis für Ermittlungen zu geben und die Sicherstellung von virtuellen Währungen zu gewährleisten.

Sicherheitsaspekte von Bitcoin

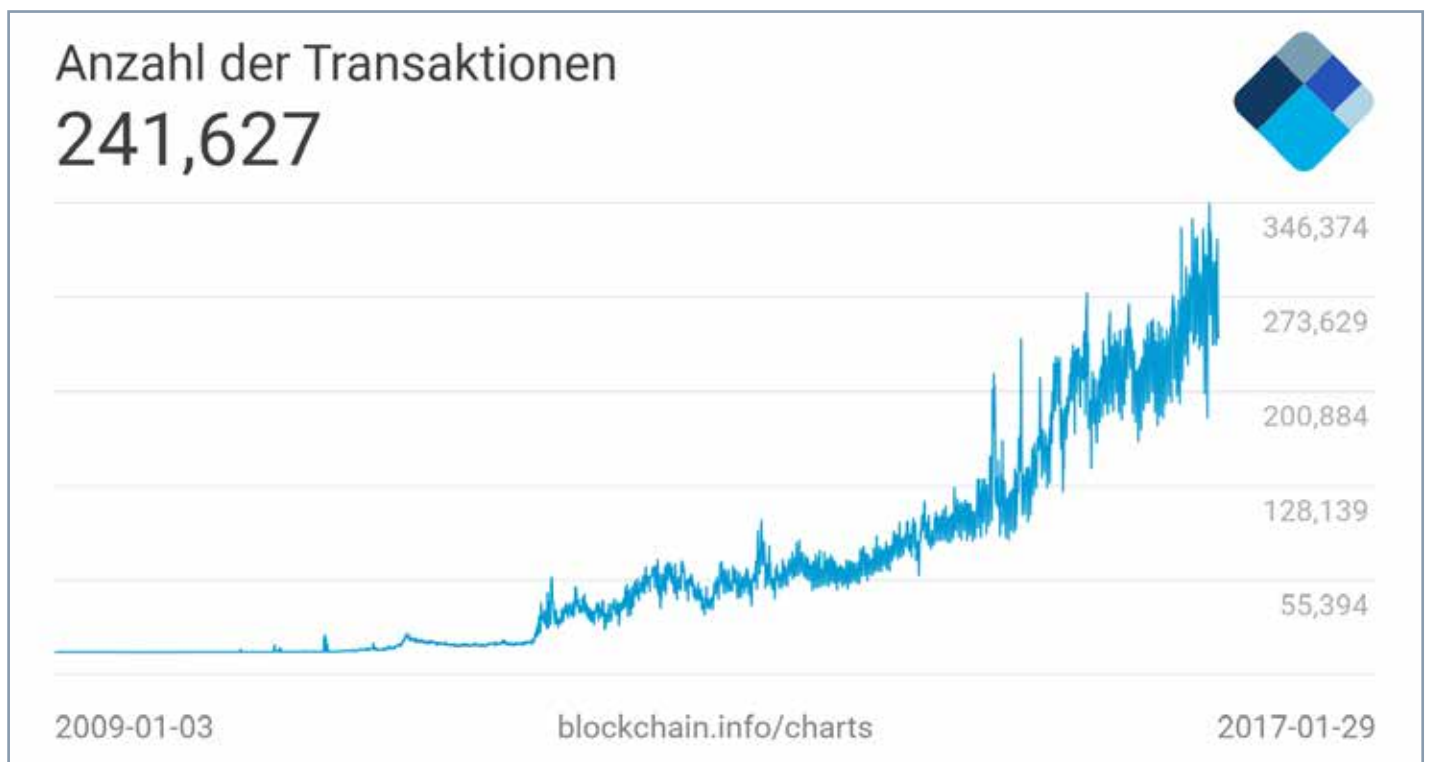
Grundsätzlich lässt sich behaupten, dass das System Bitcoin ein sicheres Zahlungsmittel ist. „Natürlich muss man im Umgang mit den Zugangsdaten für sein Bitcoin-Wallet stets vorsichtig sein, aber das sollte man generell im Internet mit all seinen Daten; meint Patrick Schreiner. „Allerdings gibt es keine Zentralbank, die bei extremen Kurs-Fluktuationen regulierend eingreift. Somit gibt es hohe Kursschwankungen, was es für Spekulanten wiederum interessant macht.“ Verboten etwa ein Land den Handel mit Bitcoins oder werden Bitcoins im großen Stil von Hackern gestohlen, kann das extreme Kurseinbrüche nach sich ziehen, was zu erheblichen Wertebüßen führen kann. „Man kann damit viel Geld verdienen, aber auch verlieren. Bei dem Angriff auf Mt. GOX (Wechselbörse) sind 650.000 Bitcoins aus Kundenkonten gestohlen worden. Ein Bankraub der

modernen Art sozusagen.“ In diesem Fall gibt es auch keine Chance auf Vergütung – wobei mittlerweile eine Versicherung auf derartige Fälle abgeschlossen werden kann. Denn Einlagensicherung – wie bei herkömmliche Banken – kennt das Bitcoin-System nicht. Genau das sind auch die Nachteile. „Global betrachtet ist die Akzeptanz von Bitcoins sicherlich noch als gering einzustufen, da diese einem Großteil der Bevölkerung noch kaum bekannt sind bzw. zu komplex erscheinen – nicht jedoch Kriminellen;“ sagt Schreiner. „Aus kriminalpolizeilicher Sicht wird die Strafverfolgung allerdings vehement erschwert. Wobei man hier schon mit zweierlei Maß messen muss: Man darf gewiss nicht leugnen, dass sich Kryptowährungen auch für kriminelle Aktivitäten eignen, jedoch gibt es auch Nutzer, die durch Verwendung von derartigen Zahlungsmitteln lediglich ihre Privatsphäre schützen oder einfach neue Technologien forcieren wollen.“ Entsprechend spannend bleiben die zukünftigen Entwicklungen in diesem Bereich.

Zukunftserwartungen

Mag. Patrick Schreiner meint, dass virtuelle Währungen, bedingt durch den Hype

Die Grafik zeigt anschaulich die rasante Zunahme von täglichen Bitcoin-Transaktionen



um Bitcoins, entgegen vielen Medienberichten durchaus für einen Paradigmenwechsel bei Finanztransaktionen sorgen. Es steht außer Zweifel, dass die Auseinandersetzung um die Anerkennung als verkehrstaugliches Zahlungsmittel noch lange nicht beendet ist, sondern gerade erst richtig begonnen hat. Kryptowährungen wie Bitcoins werden aber in absehbarer Zeit ihren Platz in den täglichen Finanzgeschäften von Bürgern finden. Gesetzliche Zahlungsmittel und Zentralbankwährungen werden nicht abgelöst, sondern um die virtuellen Währungen ergänzt werden, damit die Menschen die spezifischen Stärken dieser neuen Zahlungsmittel für sich nutzen können. Das haben nun auch bereits Großbanken wie die Deutsche Bank, UBS, Santander, BNY Mellon u.a. für sich erkannt und wittern den Erfolg. Mit der Entwicklung der Utility Settlement Coin nutzen auch diese inzwischen die Blockchain-Technologie. Dass derartige Plattformen wie ehemals Silk-Road und der Bezahlsmechanismus mit virtuellen Währungen ein attraktives Angebot für Kriminelle sind, steht außer Frage. Schreiner: „Genau aus diesem Grund wird es von gro-

ßer Bedeutung werden, dass die Strafverfolgungsbehörden bei ihren Bemühungen, Straftäter zu identifizieren, international und auch mit dem privaten Sektor verstärkt kooperieren, um am Puls der Zeit zu bleiben. Denn letztlich birgt die Technologie rund um Kryptowährungen enormes Po-

tential in sich, sei es für den privaten Sektor, als auch für Kriminelle. Es bleibt dabei: Jede Medaille hat zwei Seiten - auch die Virtuelle.“

Der Wechselkurs Bitcoin-Euro lag zuletzt bei durchschnittlich 850 €.

Zur Person

Seit mehr als sechs Jahren ist Mag. Patrick Schreiner im Bundeskriminalamt Österreich tätig, speziell für die Abteilung Wirtschaftskriminalität - Kompetenzzentrum Wirtschaftskriminalität. Sein Tätigkeitsfeld umfasst die Leitung von Sonderkommissionen, die aktive Unterstützung unterschiedlichster Ermittlungen, die Mitwirkung an nationalen sowie internationalen Projekten sowie das Abhalten von Vorträgen und Schulungen. Schreiner hat am KIRAS-Projekt BITCRIME („Die Verfolgung und Prävention organisierter Finanzkriminalität mit virtuellen Währungen“) teilgenommen und seine Abschlussarbeit mit dem Titel „Die kriminelle Nutzung von virtuellen Währungen bzw. Kryptowährungen zum Zwecke der Steuerhinterziehung, Geldwäsche und sonstigen Straftaten sowie dessen Bedeutung für die Strafverfolgungsbehörden“ an der FH Wiener Neustadt im Masterstudienlehrgang Wirtschaftskriminalität und Cyber-Crime ausgearbeitet.



Auf der Drogenplattform Silk-Road wurden in zweieinhalb Jahren Umsätze in Höhe von etwa 1,2 Mrd. US-Dollar und 960.000 Nutzerprofile registriert

The screenshot shows the Silk Road anonymous market interface. At the top, it displays 'messages 0', 'orders 0', and 'account \$0.0000'. A search bar is visible with the text 'Search' and a 'Go' button. The user is logged in as 'hrtshpdx' with a 'logout' link. The main content area shows a list of items for sale, sorted by 'bestselling'. The items listed are:

- 1 gram ultra-clean Cocaine**: seller: Sukey(97), ships from: Germany, price: \$1.7864, add to cart.
- **** 7g PRIMO BUDS ******: seller: NorCallKing(100), ships from: United States of America, price: \$1.1419, add to cart.
- 1 GR. Pure Cocaine**: seller: FrankMatthews(97), ships from: Netherlands, price: \$1.1639, add to cart.
- 10 GR MDMA Crystals**: seller: FrankMatthews(97), price: \$2.6893, add to cart.

On the left side, there is a 'Shop by Category' menu with various categories and their item counts, such as 'Drugs 12,436', 'Cannabis 3,082', 'Dissociatives 207', 'Ecstasy 1,231', 'Intoxicants 49', 'Opioids 362', 'Other 74', 'Precursors 79', 'Prescription 3,720', 'Psychedelics 1,308', 'Stimulants 1,528', 'Tobacco 245', 'Apparel 598', 'Art 51', 'Biotic materials 1', 'Books 1,241', 'Collectibles 29', 'Computer equipment 100', 'Custom Orders 91', 'Digital goods 852', 'Drug paraphernalia 513', 'Electronics 193', 'Erotica 575', 'Fireworks 26', 'Food 12', 'Forgeries 135', 'Hardware 59', 'Home & Garden 31', and 'Jewelry 99'.

Lokalausweis beim K12 in München

Traum Beruf Todesermittler

KHK Dietrich Bichler und seine Kollegen vom K12 gehen in München pro Jahr rund 2000 Todesfälle auf den Grund, etwa 1000 Leichen lassen sie obduzieren

Die Statistiker der bayerischen Metropole zählen rund 10.000 Sterbefälle pro Jahr. Etwa jeder fünfte ist Gegenstand kriminalpolizeilicher Ermittlungen, weil der zur Leichenschau bestellte Arzt von „ungeklärt“ oder (möglicherweise) „nicht natürlicher“ Todesursache spricht, Angehörige einen Verdacht äußern oder in Krankengeschichten von zur Kremation bestimmten Verstorbenen etwas nicht stimmig ist. Dann ist es an Bichler und seinen 16 Kolleginnen und Kollegen vom K12, Fremdverschulden definitiv auszu-

schließen. Das Verfahren beginnt unter § 159 (deutscher) StPO zu laufen: „Anzeigepflicht bei Leichenfund und Verdacht auf unnatürlichen Tod.“ Via Staatsanwaltschaft lässt das K12 dann pro Jahr mehr als 1.000 Leichen obduzieren (eine in Wien mittlerweile unvorstellbar enorm hohe Zahl)¹. Tendenz (stark) steigend, weil Ärzte immer seltener ein natürliches Ableben bescheinigen können oder wollen. Erst wenn das K12 keine Verdachtsmomente findet, gibt die Staatsanwaltschaft einen Leichnam zur Bestattung frei.

Zumindest in Papierform fällt jede geplante Feuerbestattung in München in die Zuständigkeit des K12. Etwa zwei Mal pro Woche lassen die Ermittler Einäscherungen auch tatsächlich stoppen, weil Totenschein und Krankengeschichte nicht so ganz übereinstimmen, sich etwa Verletzungen finden, die bei der Feststellung der Todesursache nicht ausreichend berücksichtigt wurden. Automatisch zuständig ist das K12 auch bei „Krankenhausleichen“ und Säuglingssterbefällen. Zu letzteren weiß Bichler aus Erfahrung, „dass etwa

¹ Im Jahr 2015 gab es laut „Statistik Austria“ in Wien 16.332 Sterbefälle, (nur) 375 Leichen wurden gerichtlich obduziert (siehe Grafik rechts)



© Peter Grolig, Quelle: Statistik Austria

Als „Grauzone“ beschreibt Bichler Sterbefälle in Alten- und Pflegeheimen. Für diese Materie ist er vor einigen Jahren auch durch die Zusammenarbeit mit Prof. Dr. Andrea Berzlanovich sensibilisiert worden. Die Wiener Gerichtsmedizinerin hat eine Zeitlang an der Rechtsmedizin München gearbeitet, forensische Gerontologie² sowie Gewalt gegen (bzw. Vernachlässigung von) alte(n) und/oder pflegebedürftige(n) Menschen zählen zu ihren Spezialgebieten. Berzlanovich erinnert sich „gerne an die gute und wertvolle Arbeit“, die Bichler & Co leisten. Wie sie meint, wäre man in Österreich gut beraten, bei der Polizei so etwas wie das K12 einzurichten. Leider steuert man offensichtlich in die Gegenrichtung, wie der drohende Niedergang der Gerichtsmedizin, den Insider bereits als „schleichenden Tod“ bezeichnen, landesweit befürchten lässt.

Zurück nach München. „Todesermittler“ Bichler unterstreicht, dass alle K12-Mitarbeiter ihren Job freiwillig verrichten, ihn sozusagen „als letzten Dienst, den wir den Toten erweisen“, verstehen. Den Umgang mit verzweifelten Angehörigen empfindet Bichler belastender als den täglichen Anblick von Leichen in allen nur denkbaren Stadien. Wobei ihm wohl zugute kommt, dass er schon als Kind mit dem Tod zu tun hatte, der sein Interesse geweckt hat: Der heute 53-Jährige ist in einem kleinen Dorf südlich von München aufgewachsen, wo es üblich war, die Verstorbenen zur Verabschiedung aufzubahren. Das Lei-

chenschauhaus, das sich nahe des Elternhauses befand, hat den kleinen Dietrich magisch angezogen, die Arbeit von „Totenfrau“ Agnes, deren Aufgabe es war, die Verstorbenen für den Abschied liebe- und kunstvoll herzurichten, fasziniert. Als Dietrich Bichler acht Jahre alt war, verdiente er sich mit dem Tod sein erstes Geld: Als Helfer der „Totenfrau.“ Heute sagt er, als Todesermittler seinen Traumberuf gefunden zu haben. • peter.grolig@kripo.at

Das Dezernat für schwere Fälle

Das Kommissariat 12 (K12) ist eine Organisationseinheit des Kriminalfachdezernats 1, einem von 12 Dezernaten im Polizeipräsidium München. Zu seinen Kommissariaten zählt auch das aus Film, Funk und Fernsehen bekannte K11, das vorsätzliche Tötungsdelikte bearbeitet.

Das K13 kümmert sich um Brände und „gemeingefährliche Delikte“, das K14 um Vermisste und unbekannte Tote, das K15 um Sexualdelikte. Das K16 hat eine Sonderstellung: Es besorgt die Operative Fallanalyse bayernweit, während die anderen Dienststellen nur für das Stadtgebiet und den Landkreis München zuständig sind.

Ausschließlich als Todesermittler tätige Kriminalisten gibt es nicht in ganz Deutschland, außer in München wird den Toten dieser allerletzte „Spezialdienst“ unter anderem in Stuttgart sowie vom LKA Hamburg erwiesen.

zehn von 100 Babys keines natürlichen Todes sterben.“ Die Diagnose lautet dann in den meisten Fällen: „Schütteltrauma.“

Die absolute Mehrzahl aller K12-Fälle stellt sich als natürlicher Tod heraus, gefolgt von Suiziden und Unfällen. Scheint Fremdverschulden wahrscheinlich, geht der Akt an die Kollegen vom K11 (vulgo: Mordkommission). 2015 hatte das K11 acht Mord- und Totschlagsdelikte zu bearbeiten, im Jahr davor waren es sieben.

² Wissenschaft vom Altern des Menschen

Auch Leichen-Erlässe sind nicht todsicher...

Ministerielle Erlässe müssen nicht unbedingt praxisnah sein. Selbst Anweisungen, die den Umgang mit Todesfällen regeln, sind es nicht; jedenfalls was die finanziellen Ansprüche der mit Leichen befassten Polizisten angeht, wie ein Fall aus Linz beweist.

Etwas überspitzt könnte man sagen: Ob ein Toter in Österreich Gegenstand (kriminal)polizeilicher Ermittlungen wird, ist gewissermaßen Auslegungssache. Zwar regelt die StPO „Leichenschau und Obduktion“ (§ 128), auch ein innenministerieller Erlass und darauf basierende Dienstanweisungen der nachgeordneten Behörden behandeln das Thema „Kommissionierung von Leichen“ seitenweise, dennoch orten mit der Materie befasste Praktiker Schwachstellen. Kriminalisten sehen vor allem ein „Feststellungsproblem“: Denn grundsätzlich wird eine Leiche nur dann kommissioniert, wenn Verdacht auf Fremdverschulden, Suizid oder Unfall (samt weiteren vordefinierten Aspekten, Anm.) vorliegt. Auf „unbekannte Ursachen“ wird aber praktisch kein Augenmerk gerichtet. Unbekannte Ursachen sind keine explizit festgeschriebene Grundlage für eine polizeiliche Kommissionierung, Voraussetzung für eine gerichtliche Obduktion sind sie schon gar nicht.

Dass in den obersten Schreibstu-

ben der Republik verfasste Regelwerke nicht in Stein gemeißelt sind, hat ein Kollege aus Oberösterreich seinen Vorgesetzten im Zusammenhang mit der Leichenkommissionierung vor Augen geführt, wenn auch aus finanziell-bürokratischer Sicht. Die Chefetage war nämlich der Meinung, dass die von dem Bezirksinspektor des Kriminalreferates des SPK Linz begehrte Erschwerniszulage gemäß § 19a Gehaltsgesetz (vulgo: „Leichenentkleidungsgebühr“) nicht gerechtfertigt sei, weil sie bereits von einer Kollegin in Rechnung gestellt worden war. Man berief sich auf ältere und neuere Erlässe zu dem Thema, wonach pro Kommissionierung prinzipiell nur ein Beamter vorgesehen sei bzw. Anspruch auf die Zulage hätte, eine Ausnahme von der Regel wäre im konkreten Fall nicht vorgelegen.

Der Kollege berief sich aber gar nicht auf eine Ausnahmesituation, im Gegenteil, er bestätigte sogar, dass die nicht gegeben war. Vielmehr argumentierte er, dass „...ihm in Anbetracht der maßgeblichen Erlässe, die den An-

spruch daran knüpfen würden, dass der Beamte im Gefolge des Einsatzes mit der Leiche in nähere Berührung komme, die Erschwerniszulage zustehe“. Das Innenministerium teilte diese Rechtsansicht (auch) nicht und wies die Berufung des Beschwerdeführers ab. Der daraufhin angerufene Verwaltungsgerichtshof hob den Bescheid allerdings wegen Rechtswidrigkeit des Inhalts auf, die Causa ist dann in weiterer Folge vor dem Bundesverwaltungsgericht gelandet. Und der hat durch Richter Albert Slamanig in seinem Spruch (zur Geschäftszahl W213 2005949-1) im Namen der Republik festgestellt:

„Der Beschwerde wird gemäß § 28 Abs. 1 VwGVG stattgegeben und dem Beschwerdeführer für die Teilnahme an einer Leichenkommissionierung unter Entkleidung einer Leiche am 22.7.2011 eine Erschwerniszulage (§ 19a Abs.1 GehG) in Höhe von 0,67% des Gehaltes eines Beamten der Gehaltsstufe 2 der Dienstklasse V der Beamten der Allgemeinen Verwaltung zuerkannt“.

Stiefkind Eigentumskriminalität

Deutschland und Österreich unterscheiden sich bei Kriminalität und ihrer Bekämpfung nur geringfügig. Vor allem Eigentumsdelikte werden da wie dort als Stiefkind behandelt.

Bild: Christian Doneis

Beim 17. Landesdelegiertentag des Bundes Deutscher Kriminalbeamten (BDK) in Hessen wurde mit dem Thema „Stiefkind Eigentumskriminalität“ eine fachliche Komponente eingebracht.

Nach einem Überblick durch den neu gewählten Vorsitzenden des Landesverbandes Hessen, Dirk Peglow, ging es ans Konkrete. Andre Schulz aus Hamburg zeigte auf, dass Eigentumskriminalität durch massive Präsenz uniformierter Polizisten nicht zu bekämpfen ist. Es findet nur eine Verdrängung, aber keine Verringerung statt; und das bei einem nicht dauernd aufrecht zu haltenden Personaleinsatz. Mehrere Studien belegen das. Interessant auch, dass das völlige Einstellen polizeilicher Präsenz in beobachteten Gebieten nicht zu mehr Einbrüchen führt. Mit anderen Worten: öffentliches Auftreten der Polizei führt nur zu einem Placeboeffekt bei der Bevölkerung, auf die Aufklärung hat es keinen Einfluss. Kaum anzunehmen, dass es in Österreich anders ist. Einzig und alleine kriminalpolizeiliche Ermittlungsarbeit führt zu effektiver Verringerung der Fallzahlen. Die These von Schulz: Aufklärung ist gleich Prävention, denn die Anzahl der Täter wird geringer und Täter in diesem Bereich sind Mehrfachtäter, die nur durch Haft abgehalten

werden. Bedrückend, dass in Deutschland nur etwa 20 % der Einbruchsdelikte geklärt werden. Noch bedenklicher: nur in zwei bis drei Prozent der Fälle kommt es auch tatsächlich zu Verurteilungen.

Warum dem so ist, darüber sind Polizisten und Politiker konträrer Meinung. Polizisten, wie Andre Schulz, meinen, dass auf diesem Gebiet viel zu wenig Personal eingesetzt wird und daher dem einzelnen Fall viel zu wenig Zeit zugemessen werden kann. Der Innenminister von Hessen, Peter Beuth sieht dagegen einen erfolgreichen Weg der Bekämpfung, den es fortzusetzen gelte. Bei zwei bis drei Prozent Verurteilungen? „Das kann nur ein Politiker sagen“, reagierten die anwesenden Kriminalisten kopfschüttelnd.

Dirk Lür, Kriminalhauptkommissar beim Polizeipräsidium Nordhessen, sprach Klartext. Für ihn ist die Eigentumskriminalität, vor allem der Wohnungseinbruch, zu einem Schwerpunkt polizeilicher Arbeit geworden: Anhaltend hohe Fallzahlen, Mobilität der Täter und deren Professionalität stellen die wenigen eingesetzten Beamten vor hohe Belastungen. Es gibt kaum mehr Einzeltäter, sondern bandenmäßig organisierte, häufig hierarchisch strukturierte und bestens ausgebildete

ausländische Tätergruppen. (Kommentar eines österreichischen Einbruchsermittlers: „Ich kann mich nicht erinnern, wann ich den letzten inländischen Einbrecher beamtshandelt habe“).

Nach Meinung Lüers sollte die Bekämpfung von der Fall- zur Täterorientierung wechseln, um höhere Verurteilungszahlen zu erreichen. Meist kommt es nicht zu einer Verurteilung, weil ja der Nachweis der Täterschaft lediglich ein Baustein dabei ist. Dem Umstand der Tatbegehung, die Bewertung der kriminellen Energie usw. wird zu wenig Raum und Zeit gewidmet. Erschwerend ist dabei natürlich, dass bei ausländischen Tätern, und das ist nun einmal die Mehrheit, kaum persönliche Gründe der Tat zu ermitteln sind. Fazit: Reisenden Einbrechern, deren kriminelles Handeln ganzheitlich auf Anonymität durch Mobilität ausgerichtet ist, kann auf diesem Weg nicht auf Augenhöhe begegnet werden. Es sind daher selbst bei Klärungen oft Freisprüche oder nur bedingte Strafen zu erwarten.

Ohne Frage, es sind dieselben Täter, die in Österreich Wohnungseinbrüche verüben. Genauso keine Frage, dass auch bei uns die Anzahl der Ermittler im Vergleich zu den Fallzahlen beschämend ist.

• richard.benda@kripo.at



Vor der großen Drogenschwemme

Wenn sich die Experten nicht irren, droht Europa 2017 eine Drogenschwemme samt einhergehendem Preisverfall. 2016 wurde in Afghanistan so viel Opium geerntet wie seit 20 Jahren nicht mehr (siehe auch kripo.at 06/16). Und in Kolumbien hat sich die Anbaufläche von Kokasträuchern mehr als verdoppelt.

Schuld daran hat der Frieden. Zumindest in Kolumbien. Dort hat die Regierung seit langer Zeit auf eine Waffenruhe mit den FARC-Rebellen¹, die weite Teile des Landes beherrschen, gesetzt. Folglich wurde davon abgesehen, Koka-Felder – wie seit Jahren üblich – mit Pestiziden aus der Luft zu vernichten. Der Grundstoff des handelsüblichen Kokains ist (war) ihrerseits finanzielle Basis des bewaffneten Kampfes der Guerillas. Laut Vereinten Nationen hat sich die Anbaufläche von 2013 auf 2015 bereits auf 96.000 Hektar verdoppelt. Ende 2016 ist der Friedenspakt besiegelt worden – und der Anbau hat zwischenzeitlich still und leise neuerlich zugenommen.

Unklar ist, wer von dieser Situation unmittelbar profitieren wird. Seit dem Niedergang der einstigen großen Kartelle von Cali und Medellín in den 1990er Jahren hieß es, dass sich Rebellen, Paramilitärs und zersplitterte Verbrecherorganisationen den „Drogenkuchen“ aufteilen. Nun scheint

denkbar, dass eine weitere Guerillaorganisation, die ELN², das Machtvakuum in der Koka-Produktion füllt bzw. sie fortführt. Ein örtlicher Kenner der Szene sagte der „Deutschen Welle“: „Wer davon ausgeht, dass mit dem Rückzug der FARC kein weiterer Kokastrauch mehr gepflanzt wird, der liegt falsch.“ Ganz so schwarz will es der regionale Direktor des Büros der Vereinten Nationen für Drogen- und Verbrechensbekämpfung (UNODC), Bo Mathiasen, freilich nicht sehen: Er hofft, dass den Koka-Bauern nun endlich Alternativen geboten werden könnten, wenn auch nur langfristig.

Wie auch immer: Die jeweils drei Koka-Ernten pro Jahr dürften 2016 rekordverdächtig ertragreich gewesen sein, die Blätter sind bereits verarbeitet, transnationale Verbrecherorganisationen – allen voran die kalabrische 'Ndrangheta – haben ihr Geschäfte längst abgeschlossen und die „Bunker“ gefüllt.

Ja, und dann ist da auch noch die von der UNDOC prophezeite Heroinschwemme: Ihren Angaben zufolge, ist die Fläche zum Anbau von Schlafmohn in Afghanistan im Jahr 2016 um zehn Prozent auf 201.000 Hektar angewachsen. Wie bereits kurz berichtet, wird mit einem Anstieg der Opium-Produktion um 43 Prozent gegenüber 2015 gerechnet, die Ertragsmenge auf 4800 Tonnen geschätzt. Laut UNDOC ist die Regierung angesichts des Vormarsches der radikalislamischen Taliban mit ihren Bemühungen, Schlafmohnfelder zu vernichten, gescheitert. Wie die FARC in Kolumbien, finanzieren auch die Taliban ihren Kampf mit dem Verkauf des Suchtgiftgrundstoffes. Weitere Gründe für den prognostizierten Anstieg sehen die UNO-Experten im guten Vorjahreswetter – sowie den weltweit reduzierten finanziellen Mitteln für den Kampf gegen Drogen...

¹ Fuerzas Armadas Revolucionarias de Columbia- Ejército des Pueblo, Revolutionäre Streitkräfte Kolumbines - Volksarmee

² Ejército de Liberación Nacional, Nationale Befreiungsarmee



Kontrolle von Nafris am Hauptbahnhof



Bild: Polizei NRW/Twitter

„Nafris“ – na und?

In Amtsstuben ist es Usus, für alles und jedes Abkürzungen zu kreieren. Die Polizei ist da ganz besonders einfallreich, auch hierzulande werden Begriffe aus dem Beamtendeutsch gerne und oft abgekürzt. Im längst überholten „Lexikon der inneren Sicherheit“ sind mehr als 1250 amtliche Abkürzungen gelistet, sie sind mitunter...nun ja. Jedenfalls versteht jemand, der mit der Berufssprache nicht vertraut ist, Bahnhof.

Eben dorthin, also Richtung Bahnhof, haben sich nach Angaben der Kölner Polizei in der Silvesternacht Hunderte offensichtliche Ausländer auf den Weg gemacht. Weil dieses Klientel ein Jahr zuvor dort die „Skandalnacht“ zu verantworten gehabt hat, wurde rigoros eingeschritten. *„Am HBF werden derzeit mehrere Hundert Nafris überprüft. Infos folgen“*, lautete ein Tweet der heuer auf proaktive Öffentlichkeitsarbeit bedachten Polizei.

„Nafris“? Die Wortschöpfung beschreibt Tatverdächtige aus Ägypten, Algerien, Libanon, Libyen, Marokko, Syrien und Tunesien, also aus Nordafrika, im Alter von 15 bis 25 Jahren, denen die Polizei zutraut, Intensivtäter zu sein. Dass der Tweet den Eindruck vermittelt haben

könnte, die Polizei würde Nordafrikaner unter Generalverdacht stellen, bedauerte Kölns Polizeipräsident Jürgen Mathies, er machte deutlich, worum es ging: Man habe es eben nicht mit „grauhaarigen älteren Männer oder blondhaarigen jungen Frauen“ zu tun gehabt. Sondern mit „Nafris“. Wobei (deutschen) Zeitungslesern – und damit auch Politikern – der Begriff nicht fremd sein sollte, wurde vor einem Jahr doch bereits aus gegebenem Anlass über das „Analyseprojekt Nordafrikanische Straftäter“ (kurz „AP Nafri“) berichtet.

Aber wenn speziell die Grünen eine Chance wittern, der Polizei eins auszuwischen, dann lassen sie sich die auch nicht nehmen. Die Parteichefin höchstpersönlich geißelte die Exekutive, bis zum Rassismuskritik war es nur ein ganz kleiner Schritt. Der da konkret „Racial Profiling“ lautete. Der Begriff ist negativ besetzt – vor allem dann, wenn man ihn negativ auslegen will. Im polizeilichen Alltag umschreibt er eher eines: Erfahrungstatsachen.

Ewige Kritiker sollten vorsichtig sein, weil gebetsmühlenartige Anschuldigungen etwas bewirken können, was man in den USA „Ferguson-Effekt“ nennt (in der

Stadt Ferguson hat ein weißer Polizist 2014 einen unbewaffneten schwarzen Jugendlichen erschossen, er wurde nicht angeklagt, was schwere Rassenunruhen zur Folge hatte, Anm.). Der „Ferguson-Effekt“ ist die Reaktion der Polizisten, die jedes – auch gerechtfertigt scheinendes – Vorgehen vermeiden, das ihnen als Rassismus ausgelegt werden könnte. Mittlerweile wird das in den USA dafür mitverantwortlich gemacht, dass die Zahl der Morde wieder eklatant ansteigt – vor allem in der Black Community, gegenüber der man sich zurückgenommen hat...

Die Rassismuskritik ist auch ein bei uns gebräuchliches Instrument. Sie zeigt dann Wirkung, wenn Political Correctness das alleinige Maß aller Dinge ist. Die Bandbreite ist enorm. Korrekte Umgangsformen dürfen bei Polizisten aber ohnedies vorausgesetzt werden. Alles was darüber hinausgeht und „von oben“ gefordert oder zumindest erwartet wird, sorgt eher für Verunsicherung. Aber gerade in heiklen Zeiten wie diesen haben wir verunsicherte Ordnungshüter so notwendig wie den sprichwörtlichen Kropf.

• peter.grolig@kripo.at



Der (Alb)traum vom Kalifat

Mit der Ausrufung des Kalifats im Sommer 2014 hat der sogenannte Islamische Staat (IS) seinen „Krieg gegen Ungläubige“ gewissermaßen gekrönt und damit seine volle Anziehungskraft entfaltet. Weltweit bekennen sich mittlerweile extremistische und militante Gruppierungen zum Kalifat. Dieses Netzwerk von radikal-islamistischen Kräften ist ein nicht abschätzbares Gefahrenpotential.

Die Landesverteidigungsakademie (IFK) hat unter der Leitung von Jasmina Rupp mehr als einem Dutzend nationalen und internationalen Autoren und Experten die Möglichkeit gegeben der Frage nachzugehen, wie groß und real die Gefahr des Kalifats wirklich ist. Schwerpunkte des 374 Seiten starken Fachbuches sind Fallstudien und Befragungen in elf Ländern. Der Bogen spannt sich von Nigeria, über die nordafrikanischen Staaten bis in den Iran und Indonesien. Im dritten Kapitel wird der Frage der Homogenität von Muslimen und ihrer religiösen Vertretungen in allen westlichen Ländern nachgegangen und erklärt, wie man der Fanatisierung auf religiöser Ebene begegnen könnte.

Klare Strukturierung und einfache Verständlichkeit machen das Buch nicht nur für Experten interessant.

Jasmina Rupp (HG)
 Der (Alb)traum vom Kalifat
 Böhlau Verlag
 ISBN 978-3-205-20330-8



- 20.4.** (Donnerstag): Anreise nach Braunschweig und, je nach Ankunftszeit, Stadtführung durch unser Mitglied Ulf Küch, Kripochef in Braunschweig. (Sonst findet der Rundgang nach der Rückkehr aus Wolfenbüttel am nächsten Tag statt.)
- 21.4.** Am Vormittag Besichtigung der Polizeidirektion Braunschweig mit kurzem Vortrag. Nachmittags Fahrt nach Wolfenbüttel mit Stadtbesichtigung.
- 22.4.** In der Früh Fahrt nach Goslar und Stadtbesichtigung. Nach dem Mittagessen (in Rammelsberg relativ günstig möglich) Besichtigung des Weltkulturerbes Rammelsberg mit Stolleneinfahrt und Führung. Abend in Braunschweig zur freien Verfügung.
- 23.4.** (Sonntag): Rückfahrt nach Wien.

Preis pro Person im DZ € 199, EZ-Zuschlag € 66.

Inkludierte Leistungen:

Busfahrt, NF, sämtliche angeführten Führungen und Eintritte inkl. Trinkgelder.

Nicht inkludiert: Essen und Getränke

Hotel Deutsches Haus, Braunschweig

<http://www.deutscheshaus24.de/>

Alle Zimmer sind mit Bad oder Dusche, WC, Telefon, W-Lan, Farb-TV, Haarfön und zum Teil mit Minibar ausgestattet.

Anmeldungen werden im Sekretariat der VKÖ, Tel: 050 133 133 oder unter sekretariat@kripo.at entgegengenommen. Bei Anmeldung ist gleichzeitig eine Anzahlung von € 100,- auf das Konto IBAN: AT69 2011 1291 5536 7201 (Verwendungszweck: Braunschweig) zu leisten.

Weitere Fragen an:

helmut.baertl@kripo.at oder telefonisch +43 664 4148415

kripo.at 

Besuchen Sie auch unsere Website

www.kripo.at

• **Aktuell**

• **Informativ**

• **Interaktive Online-Ausgabe der Zeitschrift „kripo.at“**

Sexueller Missbrauch – Was tun, wenn es passiert?

Wenn eine Frau Opfer eines Sexualdeliktes wird, dann ist Fassungslosigkeit die übliche Reaktion. „Wieso passiert gerade mir das?“ ist die an sich selbst gestellte Frage. Es folgt das unguete Gefühl der Hilflosigkeit. Eine Anzeige bei der Polizei? Hilft doch sowieso nichts, also lasse ich das, denkt leider so manches Opfer.

Was nach Anzeigeerstattung und bei einer Gerichtsverhandlung abläuft, ist für die meisten Opfer ein Mysterium und oft ein Schock.

Die Vereinigung Kriminaldienst Österreich (VKÖ) hat sich deshalb in der soeben erschienenen Broschüre mit dem Thema befasst, um mögliche Opfer über die polizeiliche und rechtliche Situation aufzuklären. Präventive Tipps und die Möglichkeit der rechtsanwältlichen Beratung runden das Thema ab.

Zu bestellen ist die Broschüre unter sekretariat@kripo.at



Kripo Campus



Tagesseminar – Identitätsbetrug



Zeit: 30. März 2017,
10.00 – 16.00 Uhr

Ort: 1090 Wien, Müllnergasse 4, Sicherheitsbildungszentrum

Inhalt: Erkennen gefälschter Ausweise, Gesichtsprofiling, Mustererkennung.

Vortragender: Wolfgang Volland, Erster Kriminalhauptkommissar, Berlin

Tagesseminare für Brandexperten und solche, die es werden wollen



Frank D. Stolt, Internat. Brandsachverständiger

Zeit: 4. u.5. April 2017, jeweils von 10.00 –16.00 Uhr.

Ort: 1090 Wien, Müllnergasse 4/8
(VKÖ – Sitzungssaal)

Inhalt der Tagesseminare:

- 1) Großbrände am Beispiel BASF
- 2) Staubexplosionen

Vortragender: Frank D. Stolt, Internationaler Brandsachverständiger, Mannheim

Beschränkte Teilnehmerzahl. Teilnahme nach Einlangen der Anmeldung.

**Alle Anmeldungen zu Seminaren und
Veranstaltungen über sekretariat@kripo.at.**

Aus dem VKÖ-Archiv Unversicherte Hutnadeln



Ein großes Problem, das viel Ärger bereitete waren die „unversicherten Hutnadeln“. Diese waren überlang und gingen weit über die Hutränder hinaus. Nachdem es ein Todesopfer gab - einen Primararzt, der an einer Blutvergiftung, hervorgerufen durch eine Verletzung mit einer Hutnadel im Gesicht starb - beauftragte das Verkehrsamt der Polizeidirektion die Sicherheitswache und die Polizeiagenten bei Dienstfahrten in den Straßenbahnzügen auf derartige Unzukömmlichkeiten genau zu achten und auch sonst noch die Einhaltung des Verbotes des Tragens unversicherter Hutnadeln in geeigneter Weise streng zu überwachen.

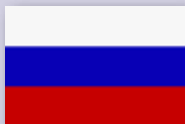
(Quelle: Wiener Sonn- und Montagszeitung 3.11.1919)

Kinderrechtspreis 2016 gesponsert von der VKÖ

Am 21. November des Vorjahres wurde wieder der alljährliche Kinderrechtspreis des Landes Niederösterreich vergeben. Die Preisverleihung im Landhaus in St. Pölten wurde von Familienlandesrätin Barbara Schwarz vorgenommen und ein Preisgeld von Euro 2.000,- vergeben. Die VKÖ, die diese Veranstaltung unterstützt, war durch das Vorstandsmitglied Manfred Klimek vertreten.



Besuch aus Russland



Colonell Dr. Valery Karaulov, langjähriger Interpolbeamter und ehemaliger Repräsentant der russischen Polizei in Polen, hat der VKÖ einen Besuch abgestattet.

Krampuschock der Sektion Vorarlberg

Kaum gegründet, organisiert die Sektion Vorarlberg schon die ersten Veranstaltungen. Die Idee eines gemütlichen Zusammensitzens zu Krampus wurde von 50 Kollegen, darunter die gesamte LKA-Leitung, angenommen. Bei der Jahreszeit entsprechenden Getränken, wie Glühmost und Punsch, und frisch gerösteten Maroni kam es zu angeregten Diskussionen. Dass diese Veranstaltung auch bei Kollegen den Wunsch ausgelöst hat, ebenfalls Mitglied der VKÖ zu werden, freut uns besonders.



VKÖ hilft

Als Folge eines Freizeitunfalls ist Johannes Lindmoser aus Großarl seit 2011 nicht mehr exekutivdienstfähig. Der Polizei ist er erhalten geblieben, als Vertragsbediensteter im LKA Salzburg. Damit einher ging jedoch auch ein wesentlich verringertes Einkommen für den verheirateten Vater eines kleinen Bubens.

Um Kollegen Lindmoser seinen sehnlichsten Wunsch erfüllen zu können (ein „Handbike“ zum Muskulaturaufbau), haben sich VKÖ-Sektionsleiter Johann Bründlinger und seine Stellvertreterin Karin Lineckervor Weihnachten mit einer Geldzuwendung der VKÖ in Höhe von 1.000 € eingestellt.



TODESFÄLLE

Edith BARRIES
Witwe
Wien
im 91. Lebensjahr

Alfred HADEK
Vösendorf
im 76. Lebensjahr



Unsere Kooperationspartner



kripo.at-Rätsel ?

Die in der Dezember-Ausgabe gestellte Frage war wohl zu schwierig: „Wann und wo wurde erstmalig ein Fahrzeuglenker wegen Fahrens unter Alkoholeinfluss bestraft“ lässt sich auch über das Internet nicht beantworten. Vermutlich deshalb (oder weil Weihnachten war?) ist keine richtige Antwort eingegangen; sie hätte gelautet: 1897 in London.

Hier die Erklärung dazu:

1897 fuhr der Londoner Taxifahrer Georg Smith gegen eine Mauer. Die amtshandelnden Bobbies stellten per Augenschein eine Alkoholisierung fest. Damals konnte man zwar bereits mit Blut- und Urintests eine Alkoholisierung feststellen, was aber teuer kam. Die Feststellung des Alkoholgehaltes über die Atemluft war noch nicht erfunden. Glücklicherweise legte Smith ein Geständnis ab. Er wurde mit 25 Shilling Strafe belegt.

Die erste Frage des Jahres 2017:

Er gilt als einer der Wegbereiter des modernen Terrorismus, denn seine Tat sollte nicht einfach ein Tyrannenmord sein, sondern seine Heimat einen. 1858 verübte er ein Bombenattentat auf einen Kaiser. Wie heißt er?

Richtige Antworten, die vor dem 10. März 2017 eintreffen, nehmen an unserer Buchverlosung teil.

Mitgliedertreff:

Wien
Jeden 1. Montag im Monat
ab 17.00 Uhr
Gasthaus „d'Landsknecht“
Porzellangasse/Ecke Thurngasse,
1090 Wien

Linz
Jeden 1. Dienstag im Monat ab
15.00 Uhr
Polizei-Sportbuffet,
Linz, Derflingerstraße Nr. 5

Wels
jeden 1. Dienstag im Monat
ab 16.00 Uhr im PSV Heim

Sektionsleiter in den Bundesländern:

Burgenland:	Eisenstadt	Norbert Janitsch, burgenland@kripo.at
Kärnten:	Klagenfurt	Harald Jannach, kaernten@kripo.at
Niederösterreich:	St. Pölten	Andreas Bandion, niederosterreich@kripo.at
Oberösterreich:	Linz	Helmut Kaiser, oberoesterreich@kripo.at
	Wels	Martin Müllner, wels@kripo.at
	Steyr	Josef Fuchshuber, steyr@kripo.at
Salzburg:	Salzburg	Johann Bründlinger, salzburg@kripo.at
Steiermark:	Graz	Karl Strohmeier, steiermark@kripo.at
Tirol:	Innsbruck	Wolfgang Knöpfner, tirol@kripo.at
Vorarlberg:	Bregenz	Norbert Schwendiger, vorarlberg@kripo.at



IMPRESSUM
Eigentümer und Herausgeber: Vereinigung Kriminaldienst Österreich
A-1090 Wien, Müllnergasse 4/8, Tel. 050133133
E-Mail: redaktion@kripo.at
Präsident: Richard Benda
Chefredakteur: Peter Grolig
Redaktionssekretariat: Birgit Eder
Gestaltung: Christian Doneis
Mitarbeiter: Richard Benda, Prof. Josef W. Lohmann, Herbert Zwickl, Helmut Bärtl,
Frank Dieter Stoit, Willibald Plenk, Otto Scherz

Redaktionsadresse:
Redaktion der **kripo.at**, A-1090 Wien, Müllnergasse 4/8, E-Mail: redaktion@kripo.at
Der Nachdruck von Artikeln ist nur nach Absprache mit der Redaktion mit
Quellenangabe zulässig.



Verleger: Informations- u. Verlagsgesellschaft m.b.H., A-8073 Feldkirchen b. Graz, Thalerhofstraße 28.
Anzeigenverwaltung: A-8073 Feldkirchen b. Graz, Thalerhofstraße 28
Hersteller: DHT Feldkirchen b. Graz, Gmeingasse 1-3.
Verlags- und Herstellungsort: A-8073 Feldkirchen b. Graz **Verlagspostamt:** A-8073 Feldkirchen.

Der Nachdruck von Inseraten, die in diesem Heft erscheinen, ist nur mit ausdrücklicher Genehmigung des Verlegers gestattet. Bei von Angehörigen des öffentlichen Dienstes verfassten Beiträgen handelt es sich um deren persönliche Ansicht als Privatperson und nicht um jene der Behörde.

Offenlegung gemäß § 25 Mediengesetz:
Medieninhaber: Informations- u. Verlagsgesellschaft m.b.H.
Grundlegende Richtung: „kripo.at“ ist ein Informationsmedium für Exekutivbeamte und die an Sicherheitsfragen interessierten Bürger. DVR-Zahl: DVR 08885606
„kripo.at“ erscheint sechsmal jährlich, wird allen Mitgliedern kostenlos zugesandt und ist nur per Postzustellung zu beziehen. www.kripo.at